

September 2022

/ Positionspapier

Desinformation als Bedrohung für die Demokratie – Gegenmaßnahmen entwickeln

Falschmeldungen existieren schon lange. Es gilt jedoch zu unterscheiden zwischen Fehlinformation – falsche oder irreführende Inhalte, die ohne vorsätzliche Schädigungsabsicht weitergegeben werden – und Desinformation. Letztere wird definiert als falscher oder irreführender Inhalt, der in der Absicht verbreitet wird, andere zu beeinflussen oder wirtschaftlich oder politisch daraus Kapital zu schlagen. Desinformation ist somit ein Mittel im Kampf gegen die Demokratie. Sie verzerrt Konflikte und Debatten und untergräbt das Vertrauen in die öffentlichen Institutionen.

Lange herrschte in der Gesellschaft ein geringes bis kein Bewusstsein für dieses Phänomen. Die Tragweite von Verschwörungserzählungen wurde lange unterschätzt. Die Corona-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine haben dies schlagartig geändert. Nur wer die Dimension der Demokratiegefährdung durch Desinformation erkennt, ist in der Lage, diese erfolgreich zu bekämpfen. Die WerteInitiative fordert daher einen ganzheitlichen Ansatz aus Prävention, Aufklärung und Strafverfolgung, um unsere freiheitliche Demokratie gegen Desinformation und ihre Effekte besser schützen zu können.

Zusammenfassung:

- Desinformation ist eine **elementare Bedrohung** für unsere freiheitlich-demokratische **Grundordnung**. Der Rechtsstaat darf daher keine Hemmungen haben, mit voller Härte gegen (staatliche) Akteure vorzugehen, die Desinformation verbreiten.
- Das **wirksamste Mittel** gegen Desinformation ist eine starke, demokratische (Zivil-) **Gesellschaft**. Der Staat muss die (finanziellen) Rahmenbedingungen schaffen, damit diese nachhaltig agieren kann.
- Bildungspolitik ist ein wichtiger Pfeiler in der Bekämpfung von Desinformation. **Medienkompetenz** muss schulisch wie außerschulisch, aber auch in der Erwachsenenbildung, vermittelt werden.



1. Kampagnenhaftigkeit sichtbar machen – Netzwerke dahinter bekämpfen

Desinformation wird auch in Deutschland zum Teil kampagnenhaft verbreitet. So z. B. während der Bundestagswahl im Jahr 2021, der Corona-Pandemie oder dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Staatliche Institutionen und staatliches Handeln werden dabei immer wieder delegitimiert.

Desinformationskampagnen werden sowohl von staatlichen Akteuren aus dem Ausland als auch von nichtstaatlichen Akteuren aus dem In-/Ausland gezielt durchgeführt. Dazu gehören zum Beispiel Netzwerke der russischen Regierung, verschiedene Akteure der extremen Rechten und verschwörungsideologische Gruppierungen. Wo immer möglich, muss gegen diese mit der vollen Härte des Rechtsstaates vorgegangen werden.

2. Gegenmaßnahmen entwickeln – ganzheitliche Ansätze umsetzen

Mit rechtsstaatlichen Mitteln allein kann der Kampf gegen Desinformationskampagnen nicht gewonnen werden. Präventionsmaßnahmen bilden eine wichtige Säule im Kampf gegen Desinformation. Im Hinblick auf die Gesamtgesellschaft muss die Medien- und Informationskompetenz gestärkt werden, mit der Desinformation erkannt werden kann. Dafür sollten entsprechende politische Bildungsprojekte konzipiert und umgesetzt werden. Gerade im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass insbesondere Erwachsene für Desinformationskampagnen empfänglich sind und dies womöglich auch an die Jugend weitergeben. Prävention darf sich daher nicht auf den Jugendbereich beschränken.

Ein weiterer wichtiger Bestandteil in der Bekämpfung von Desinformation ist die frühzeitige Erkennung und strategisch-kommunikative Reaktion. Letztere kann sich je nach Herausforderung von Ignorieren (um die Aufmerksamkeit niedrig zu halten) über *debunking*, die schnelle (!) Verbreitung von Gegendarstellungen, bis zum *prebunking*, also der Vorabentschärfung von Desinformation durch gezielte faktenbasierte Information zu potenziell betroffenen Themenbereichen, erstrecken. Dabei sollten insbesondere vertrauenswürdige MultiplikatorInnen eingebunden werden.

Eine zentrale Rolle müssen hierbei der öffentlich-rechtliche Rundfunk und die großen Medienhäuser einnehmen. Aber auch Entscheidungstragende in Kommunen und Verwaltung sowie in Berufen, die eng mit Menschen arbeiten oder in Führungsrollen sind (z. B. Lehrende, ÄrztInnen, Pflegepersonal, betriebliches Führungspersonal), müssen darauf vorbereitet sein, dass Vorfälle für die Verbreitung von Desinformation instrumentalisiert werden.



3. Sorgfaltspflichten für digitale Dienste durchsetzen – für eine ambitionierte Implementierung des Digital Services Act (DSA)

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) war ein Schritt in die richtige Richtung. Geltendes Recht wird laut Studien von den entsprechenden Konzernen jedoch weiterhin nicht vollumfänglich umgesetzt¹. Der Druck auf die Konzerne muss daher durch Androhung empfindlicher Strafen massiv erhöht werden. Gleichzeitig zeigt das NetzDG Schwächen in der Bekämpfung von Desinformation, da der Fokus auf (offensichtlich) rechtswidrigen Inhalten liegt, welche aber nur einen Teil der Desinformationskampagnen, wie z. B. im Hinblick auf den Straftatbestand der Verleumdung, darstellen.

Hier liegt in der Implementierung des Digital Services Act (DSA) eine große Chance. Das Gesetz sieht u.a. Melde- und Abhilfeverfahren, Gemeinschaftsstandards, Risikoabwägungen sowie freiwillige Selbstverpflichtungen in Verhaltenskodizes vor.

Die Bundesregierung sollte sich für eine ambitionierte Umsetzung des DSA stark machen, welche die systemischen Risiken durch die Verbreitung von Desinformation in den Fokus nimmt. Entscheidend wird es sein, auf europäischer Ebene und in den Mitgliedsstaaten organisatorische Strukturen zu schaffen, die die Einhaltung der Sorgfaltspflichten wirksam überprüfen können. Dafür sollte auf bestehende Expertise zurückgegriffen, notwendige Ressourcen aufgebaut und der Informationsaustausch vorangetrieben werden.

4. Medien- und Informationskompetenz als Bildungsauftrag implementieren

Um der Verbreitung von Desinformation entgegenzuwirken, muss die Demokratie wehrhafter werden. Dazu sollten die BürgerInnen in der Lage sein, mit den modernen Medien geübt umzugehen und Falschmeldungen und Verschwörungserzählungen als solche zu erkennen. Dabei müssen Menschen generationsübergreifend nicht nur die technische Verwendung moderner Kommunikationsmittel erlernen, sondern auch den kompetenten Umgang damit. Dazu gehört u. a., Quellen zu verifizieren, Gegenrede in den digitalen Debattenräumen zu praktizieren, und Erzählungen zu hinterfragen, wenn sie als einfache „Gut/Böse“-Lösungen für komplexe ökonomische, soziale oder ökologische Probleme und Krisensituationen angeboten werden. Diese Medien- und Informationskompetenz muss gesamtgesellschaftlich aufgebaut und gestärkt werden. Sie muss entweder ein eigenes Schulfach werden oder verpflichtender Teil der bestehenden Schulfächer, was eine Erweiterung der Lehramtsausbildung mit sich bringt. Eine groß angelegte schulische Bildungsoffensive ist dringend erforderlich, um das Demokratiebewusstsein junger Menschen zu stärken, wobei Medien- und Informationskompetenz als elementare Bestandteile gelten müssen. Außerschulische Bildungsprogramme sollten diese Offensive

¹ <https://www.isdglobal.org/isd-publications/bundestagswahl-2021-eine-evaluation-der-regeln-gegen-digitale-bedrohungen/>



begleiten. Dabei dürfen keinerlei Möglichkeiten ungenutzt bleiben. Von der Erwachsenenbildung in Volkshochschulen bis zu Integrationskursen. Der Bund muss dafür genügend finanzielle Mittel für die Zivilgesellschaft zur Verfügung stellen, damit solche Bildungskonzepte von unabhängigen und vertrauenswürdigen Bildungsakteuren entwickelt und dauerhaft zur Verfügung gestellt werden können.

5. Zusammenhang zu Verschwörungsmythen benennen

In Bezug auf Wirkmechanismen und Attraktivität gibt es deutliche Parallelen zwischen Desinformationskampagnen und Verschwörungsmythen. Beide arbeiten mit bereits vorhandenen Vorurteilen und Feindbildern, um einfache Welterklärungen zu liefern und gegen Einzelpersonen und bestimmte Personengruppen zu mobilisieren. Komplexe, überfordernde Vorgänge werden anonymen Mächten angelastet, die angeblich einen geheimen, bösen Plan verfolgen würden. Solche Erzählungen sind inhärent anfällig für antisemitische Narrative und funktionieren nur auf Basis von Desinformation. Hier zeigt sich, dass Antisemitismus und Desinformation nicht nur ähnliche Wurzeln haben, sondern auch gleichermaßen auf die Erosion und Bekämpfung unserer demokratischen Gesellschaft abzielen.

6. Druck durch Strafverfolgungsbehörden erhöhen

Bestimmte Anteile von Desinformationskampagnen können strafbar sein, wenn unwahre Tatsachen über eine Person oder Gruppe verbreitet werden oder zum Hass gegen diese aufgestachelt wird. Dazu gehören volksverhetzende, verhetzende und beleidigende Inhalte. Die Sicherheitsbehörden müssen sich dieses Themas mit aller Ernsthaftigkeit annehmen und Desinformationsakteure – falls identifizierbar – strafrechtlich konsequent verfolgen. Eine weitere Sensibilisierung der Sicherheitsbehörden für den digitalen Raum scheint nach wie vor mit höchster Dringlichkeit geboten. Die Möglichkeit, online Anzeigen zu erstellen, muss dringend vereinfacht werden. Personell gut aufgestellte Fachabteilungen müssen gegen diese Form der Online-Kriminalität zügig vorgehen und ihre Erfahrungen regelmäßig austauschen.

Die juristischen Möglichkeiten, gezieltes Verbreiten von Desinformationskampagnen zu verhindern, müssen dringend überprüft werden. Eine mögliche Strafbarkeit gezielter Desinformationskampagnen muss ergebnisoffen diskutiert werden. Dabei sollten auch angemessene Verfahren zur Identifizierung von TäterInnen vorangetrieben werden. Außerdem sollte ein gerichtliches Vorgehen gegen anonyme Accounts ermöglicht werden, um Betroffene besser zu schützen. Eine Möglichkeit dafür: Eine auf richterlichen Beschluss mögliche De-Anonymisierungspflicht von Online-Pseudonymen.



7. Zivilgesellschaft und Wissenschaft stärken

Was wahr ist und was nicht, kann in einer lebendigen Demokratie nicht vom Staat bestimmt werden. Journalismus und Zivilgesellschaft sind zentrale Akteure bei der Aushandlung von demokratischen Prozessen. Gerade zivilgesellschaftliche Akteure können Betroffenen eine niedrigschwellige und professionelle Beratungsstruktur für juristische und psychische Herausforderungen bereitstellen. Die Auseinandersetzung mit Desinformation ist sehr zeit- und kostenintensiv. Beratungsangebote für Betroffene von Verschwörungserzählungen und Desinformationskampagnen, aber auch Recherche- und Faktenprüfungsprogramme, Schulungsprogramme für Organisationen und ihre MitarbeiterInnen, insbesondere im Bereich der Politik, der öffentlichen Gesundheit und der Migrationshilfe sowie Programme zur Identifizierung von *best practices* und zur Befähigung in der Formulierung von Gegendarstellungen sollten daher von der Bundesregierung und den Bundesländern langfristig und verbindlich unterstützt werden. Denn der beste Schutz gegen Desinformation ist eine starke, demokratische Gesellschaft. Desinformationskampagnen im digitalen Raum können durch WissenschaftlerInnen präzise analysiert und anschaulich offengelegt werden. Es ist daher ebenso wichtig, diesen Bereich mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten, um nachhaltige und fundierte Aufklärung und Prävention zu ermöglichen.